

# Fluglärm: Ministerien im direkten Austausch

Bürgermeister und Schutzverband werten dies als Erfolg – und fordern bis Oktober konkrete Ergebnisse

Von Franz Eder

**Freilassing.** „Politik bedeutet oft, dicke Bretter zu bohren“, betonte Freilassings Bürgermeister Markus Hiebl bei einem Pressegespräch am Freitagmittag im Rathaus. Wie dick diese mitunter sein können, wissen all jene, die auf bayerischer Seite – zum Teil seit Jahrzehnten – für eine gerechtere Verteilung der Flugbewegungen von und nach Salzburg kämpfen, nur allzu gut.

Nun gaben der Rathauschef und Bettina Oestreich, Vorsitzende des Schutzverbands Rupertiwinkel, einen Einblick in die aktuellen Bemühungen und Entwicklungen. Dabei werteten es beide als ersten Erfolg, dass das deutsche und das österreichische Verkehrsministerium im direkten Austausch stehen – und fordern bis Oktober konkrete Ergebnisse.

In einem Schreiben an das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) vom 19. Dezember 2024, das der Bürgermeister am Freitag vorstellte, geht Hiebl zunächst auf die lange Geschichte der Bestrebungen ein, die eine „signifikante Entlastung der Flugbewegungen“ über deutsches Hoheitsgebiet zum Ziel haben.

## Trotz aller Mühen keine „signifikante Verbesserung“

Dies begründet er mit der Lärmbelastung durch die starke Inanspruchnahme des An- und Abflugs von und nach Norden sowie mit Sicherheitsbeeinträchtigungen und Umweltbelastungen. Dabei verweist das Stadtoberhaupt auf den technischen Ausschuss, der auf Initiative der deutschen Seite und unter Einbeziehung von Experten für Luftfahrt sowie Vertretern des deutschen und österreichischen Bundesministeriums gegründet wurde.

Dieser erarbeitete ein Pisten-nutzungskonzept für den Flughafen Salzburg, dessen Ergebnisse in der Sitzung der Fluglärmkommission vom 11. Juli 2017 vorgestellt wurden. Als einen ersten möglichen Verbesserungsschritt sah es eine Verteilung der An- und Abflüge im Verhältnis Norden zu Süden von 77 zu 23 Prozent vor. Diesen Vorschlägen erteilte die österreichische Seite aber eine Absage und schlug stattdessen eine Alternative mit 85 zu 15 vor.



**Kommt in das Dauerbrenner-Thema Fluglärm zumindest etwas Bewegung?** Sowohl Bürgermeister Markus Hiebl als auch die Schutzverbands-Vorsitzende Bettina Oestreich sehen es als positiv an, dass das deutsche Verkehrsministerium zweimal fast umgehend geantwortet hat und sich nun in direkten Gesprächen mit dem Pendant auf österreichischer Seite befindet. Bis Herbst soll es erste Ergebnisse geben. – Fotos: Airport Salzburg/Archiv

Konkret wurde in der besagten Sitzung im Juli 2017 folgender Beschluss gefasst: „Die Kommission fordert das deutsche und österreichische Bundesverkehrsministerium auf, wieder in Konsultationen einzusteigen, um das technisch Mögliche zu realisieren.“

Doch dies sei trotz mehrmaliger Annäherungsversuche noch immer nicht gelungen. „Eine signifikante Verbesserung konnte bis dato nicht erzielt werden“, hält der Rathauschef daher in seinem Brief fest. „Eine Erörterung, Auslegung der bisherigen Konsultationsinhalte oder entsprechender fachlicher Gutachten, Memoranden oder Stellungnahmen zum erarbeiteten Pisten-nutzungskonzept erfolgte bis heute nicht.“

Über diesen aktuellen Stand berichtet die Fluglärmkommission in der Sitzung am 7. November 2024, aus der schließlich Hiebls Schreiben resultierte. Darin forderte er das Verkehrsministerium auf, die Meinungsverschiedenheiten zu den Ergebnissen des technischen Ausschusses gemäß des Staatsvertrags von 1967 mit dem österreichischen Verkehrsministerium „beizulegen“ und der Fluglärmkommission „zeitnah umfassend zu berichten“.



Markus Hiebl

Nur wenige Wochen später – im Januar 2025 – flatterte die Antwort des Ministeriums ins Rathaus. Darin teilte dieses mit, dass es die Zustimmung des Auswärtigen Amtes einholen werde, um direkt mit dem Pendant auf österreichischer Seite in Kontakt treten zu dürfen. Schon bei der nächsten Sitzung der Fluglärmkommission am 10. April 2025 gab ein Ministeriumsvertreter ein erstes Update: Das BMDV habe sich mit weiteren Ressorts abgestimmt und mit dem „förmlichen Konsultationsverfahren mit der österreichischen Seite“ begonnen.

## Rathauschef freut sich über „eine sehr gute Nachricht“

Dies sei „für uns eine sehr gute Nachricht“, brachte wiederum der Bürgermeister in einem weiteren Schreiben ans Ministerium vom 30. Juni 2025 seine Freude darüber zum Ausdruck. Denn es bestärke die Stadt Freilassing darin, dass „wir nun Gehör bei den geeigneten Stellen erhalten“. Dabei nutzte Hiebl auch die Gelegenheit, das BMDV auf verbale Ausführungen von Bettina Ganghofer hinzuweisen und sparte nicht mit Kritik an diesen.

Die Geschäftsführerin des Salzburger Flughafens habe sich zu einem „sehr unpassenden, beinahe schon polemischen Vergleich“ hinreißen lassen, zitierte der Bürgermeister Ganghofers Antwort

auf die Frage eines Journalisten, ob eine 50:50-Aufteilung der An- und Abflüge überhaupt möglich sei: „Es ist technisch möglich, einen Blumentopf in eine Knie-scheibe zu pflanzen. Es ist aber vielleicht nicht immer sinnvoll.“

Aus Sicht des Freilassinger Bürgermeisters „zeigt dies gut, mit welchem Selbstverständnis die österreichische Seite seit Jahrzehnten mit der deutschen Seite verhandelt“. Durch solche öffentlichen Aussagen würden „alle Bemühungen auf politischer Ebene, eine gerechtere Verteilung zu erreichen und vor allem einen seriösen Umgang miteinander auf Augenhöhe zu etablieren – bewusst oder unterbewusst – konterkariert“.

Abermals ging wieder nur kurze Zeit später eine Antwort des deutschen Verkehrsministeriums ein, in dem dieses den direkten Austausch über Verbesserungen bestätigt und erste Gesprächsergebnisse für den Herbst in Aussicht stellt. „Es ist grundsätzlich erfreulich, dass beide Seiten miteinander sprechen“, wertet Hiebl dies als ersten Erfolg. „Ich empfinde es als positiv, dass der Vorsitzende der Fluglärmkommission schon nach einem Monat eine Antwort erhält und die Sache nicht liegen bleibt“,

stimmte Bettina Oestreich eine ähnliche Tonart an.

Jetzt sei zunächst wichtig, dass die Meinungsverschiedenheiten bei beiden Ministerien auf dem Tisch lägen. In weiterer Folge gelte es dann, darzulegen, „was möglich ist“, meinte der Bürgermeister. „Wir wollen, dass der Flughafen so betrieben wird wie jeder andere auch“, wiederholte die Vorsitzende in diesem Zuge eine Forderung des Schutzverbands, wonach in eine Richtung gestartet und in die andere gelandet werden müsse.

## „Lange genug an der Nase herumgeführt worden“

„Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“, betonte Oestreich, dass sie an einem Wintersonntag sogar eine Verteilung von 47:53 registriert habe. „Man sieht also, dass es gehen würde.“ Doch, wenn nicht einmal Maschinen, die von Süd-destinationen kommen oder dort hin fliegen, diese Route nutzen, zeige dies, „dass wir einfach nicht ernst genommen werden“.

Unisono betonten daher beide, die bayerische Seite sei „lange genug an der Nase herumgeführt worden“. Bis zur nächsten Sitzung der Fluglärmkommission im Oktober wolle man konkrete Ergebnisse hören. Ansonsten wäre die „nächste Eskalationsstufe“ – der Einsatz eines Schiedsgerichts – denkbar. Doch zunächst regiert jetzt erst einmal die Hoffnung.



Bettina Oestreich